

Sollen die Schröder-Reformen so fortgesetzt werden?



WOLFGANG MERKEL forscht über sozialdemokratische Politik und ist Direktor einer Abteilung am Wissenschaftszentrum Berlin.

„Ja – denn es ist ein unabweisbares Gebot der sozialen Gerechtigkeit, Arbeitslose in den Arbeitsmarkt zu integrieren und nicht von ihm fernzuhalten. Dies ist die richtige Grundidee von Hartz IV. Die Reformen zeigen beachtliche Erfolge: Die Arbeitslosigkeit ging zurück. Insbesondere die Erwerbstätigkeit der Menschen über 55 Jahre nahm deutlich zu. Allerdings war nicht alles positiv: weder wurde ausreichend gefordert, was Zumutbarkeitsregelungen oder Kürzungen bei Arbeits- und Umschulungsverweigerung angeht, noch wurde effektiv gefördert, etwa durch Betreuung, Vermittlung und Weiterbildung. Beim Fordern und Fördern bleibt Deutschland weit hinter den skandinavischen Ländern zurück. Es ist geradezu paradox, dass die sozialdemokratische Linke just jene Politik der rot-grünen Koalition abtreiben will, die im Wirtschafts- und Sozialbereich am erfolgreichsten war. ‚Weiterentwickeln‘ wird als Formulierung verwandt. Der semantische Schwindel ist unverkennbar. Der anachronistisch nachsorgende Sozialstaat Bismarck’scher Prägung soll weiter erhalten werden. Dies widerspricht der Logik des vorsorgenden Sozialstaats. Wie viele kognitive und logische Dissonanzen will die Linke in der SPD eigentlich noch aushalten?“



Was ist Ihre Meinung? Schicken Sie uns Ihren Leserbrief oder Ihre Themenvorschläge für diese Rubrik an: redaktion@boeckler.de



HERTA DÄUBLER-GMELIN sitzt für die SPD im Bundestag und war von 1998 bis 2002 Bundesjustizministerin.

„Nein – mich hat an der Agenda 2010 von Anfang an ziemlich viel gestört. Das Ziel, einen finanzierbaren Sozialstaat unter schwierigeren Bedingungen zu erhalten, war ja sehr nachvollziehbar – aber dass alles zulasten der Arbeitnehmer und Arbeitslosen gehen sollte, habe ich nie für richtig gehalten.“

Einiges von dem, was besonders ungerecht war, konnten wir schon wieder verändern. Aber wir brauchen noch viel mehr Korrekturen. Das Arbeitslosengeld II muss erhöht werden, nötig sind auch flexible Übergänge in die Rente für besonders belastete Berufe. Wir brauchen außerdem einen Mindestlohn, und wir müssen die atypischen Beschäftigungsverhältnisse auch gesetzlich zurückdrängen. Dieser letzte Punkt ist mir besonders wichtig. Außerdem müssen wir wieder für mehr Rechtssicherheit beim Kündigungsschutz sorgen und verhindern, dass Arbeitnehmerrechte auf Dauer geschwächt werden.

Der neoliberale Zeitgeist hat in den letzten Jahren leider nicht allein die FDP, die CDU, die Medien und viele Verbände in der Zivilgesellschaft erfasst, sondern auch Teile unserer Partei. Leider. Ich bin froh, dass das mittlerweile erkannt wurde. Jetzt geht es darum, die Ungerechtigkeiten zu beseitigen und gerade auch Gut- und Bestverdienende stärker an der Finanzierung unserer sozialen Ordnung zu beteiligen.“ ■

Fotos: David Auserhofer (L), ddp